

PRESSEMITTEILUNG #36 - 13.02.2024

Martin Habersaat

Die Entwicklung der Beruflichen Bildung braucht ein Spiel mit offenen Karten

Zum Entwurf des Masterplans für die Berufliche Bildung und dem weiteren Verfahren sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Ende Januar haben Bildungsministerium und SHIBB den Masterplan-Entwurf für die Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein dem Landtag zugeleitet. In Ausschnitten wurde dieser bereits seit November an den 16 Beruflichen Schulen und den 19 Regionalen Berufsbildungszentren im Land diskutiert. Das letzte Jahr endete ein bisschen nach dem ‚Teile und herrsche‘-Prinzip, weil Bildungsministerium und SHIBB vor Ort jeweils nur das vorgestellt hatten, was den jeweiligen Standort betraf. Jetzt liegt der komplette Entwurf auf dem Tisch und es wird deutlich, dass wir ein Spiel mit offenen Karten brauchen, wenn wir zu guten Lösungen kommen wollen.

An Schulen, in Kreisen und bei Berufsverbänden gibt es große Sorgen um ihre zukünftige Entwicklung. Angesichts des Fachkräftemangels sind Auszubildende vielerorts der wichtigste Weg, um zu neuem Personal zu kommen. Deshalb ist es wichtig, dass Weichenstellungen transparent und nachvollziehbar sind. Die Landesregierung hat sich zum Beispiel entschieden, eine Reihe von Berufen zu „Basisberufen“ zu erklären und mit ausreichend Lehrkräften auch bei geringeren Schülerzahlen auszustatten. Es erschließt sich leider nicht, warum es welche Berufe in diese Liste geschafft haben oder eben nicht. Das Friseurhandwerk zum Beispiel gehört dazu, das Bäckerhandwerk nicht. Auch Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte gehören nicht dazu, obwohl uns Justizkreise versichern, diese seien durchaus bedeutsam für ihre Arbeit.

Besonders groß ist derzeit die Unruhe bei den Metallberufen, obwohl dort die Ausbildungszahlen gar nicht so niedrig sind wie in anderen Bereichen, in denen es sicherlich Handlungsbedarf gibt. Wo immer möglich, sollte das vorhandene Angebot erhalten bleiben und die wieder angekündigte Steigerung schon Schüler*innenzahlen im System der Beruflichen Bildung abgewartet werden. Eigentlich hatte das Bildungsministerium so ein Moratorium auch für den Zeitraum zugesagt, in dem der Masterplan entwickelt wird. Die Anzahl an Lehrerstellen und damit das Angebot an den Beruflichen Schulen sollten stabil gehalten werden, weil sonst die Schulen zum Abbau von Angeboten gezwungen wären. Diese bekommen ihre Stellen nämlich abhängig von der Zahl der Schülerinnen und Schüler, nicht abhängig von den Ausbildungsgängen. Tatsächlich griff dieses Moratorium aber nur einmalig -zufällig zum Zeitpunkt der letzten Landtagswahl- und sicherte 60 Stellen zum Schuljahr 2022/23.

Teilweise wird von den Auszubildenden verlangt, durch Hamburg zu fahren um dann zu ihrer neuen Berufsschule zu gelangen. In Hamburg gibt es entsprechende Ausbildungsangebote aber auch. Was es nicht gibt, ist eine engere Zusammenarbeit mit Hamburg im Interesse der Fachkräfteversorgung besonders in den Hamburger Randkreisen. Das von SPD, Grünen und SSW ins Werk gesetzte Gastschulabkommen von 2016 war ein Meilenstein, ist aber inzwischen in die Jahre gekommen und kann sicher verbessert werden.

Auch bezüglich des Zeitplans brauchen wir Klarheit. Im jüngsten Papier der Landesregierung heißt es, die zeitlich gestaffelte Umsetzung des Masterplans solle ab dem Schuljahr 2024/25 erfolgen. Die hieße, die

ersten konkreten Schritte würden schon zum 1. August diesen Jahres umgesetzt. Dann wiederum sollen manche Prozesse auf dem Weg zum Masterplan noch laufen.“

Material:

Masterplan Berufliche Bildung - Erster Gesamtentwurf vom November 2023, dem andtag zugeleitet am 24. Januar 2024

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrucke/02500/umdruck-20-02582.pdf>

Zum Moratorium 2022/23

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/00300/drucksache-20-00389.pdf>